

# UWVG



## Unabhängige Wählergemeinschaft

Info  
Dezember 2017

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wie in den letzten Jahren wollen *wir* auch in diesem Jahr den Jahreswechsel dazu nutzen, einen kommunalpolitischen Rückblick auf das vergangene Jahr aus *unserer* Sicht zu geben.

Die **Windkraftbedrohung des Reinhardswaldes** nimmt Formen an. Nicht die südhessische Firma ABO-Wind, die zuerst den Zuschlag für die Fläche um den Gahrenberg erhalten hat, bemüht sich als erste um eine Baugenehmigung. Es ist die EGR, die Energiegenossenschaft Reinhardswald, die Unterlagen für die Baugenehmigung für die ihnen von Hessenforst zugesprochene Waldfläche zwischen Oberweser und Trendelburg eingereicht hat. Die EGR übernimmt somit die Vorreiterrolle bei der Zerstörung unseres Reinhardswaldes und dient damit der Landesregierung in Wiesbaden als Akzeptanzbeschaffer. Übrigens wird die EGR bei der Projektierung von unserem Regionalen Stromversorger, der EAM, unterstützt.

Auch die nunmehr möglich gemachte Ausweisung des Reinhardswaldes als Naturpark, dient nicht dem Schutz dieses Naturraumes, sondern soll nur die Bevölkerung ruhig stellen. Ein Naturpark bei gleichzeitiger großflächiger Belegung mit Windparks ist ein Widerspruch, den *wir* so nicht hinnehmen wollen.

*Wir* haben bereits recht früh erkannt, welche unrühmliche Rolle die EGR für die große Politik bei der Zerstörung des Reinhardswaldes spielen soll. So hat die Reinhardshäger Gemeindevertretung schon im vergangenen Jahr einstimmig den Austritt aus der EGR beschlossen. Auch die Stadt Hofgeismar hat der EGR früh den Rücken gekehrt. Unserem Beispiel sind nun in diesem Jahr die Gemeinden Oberweser, Wahlsburg und die Stadt Bad Karlshafen gefolgt. Und auch bei der Trendelburger Bürgermeisterwahl hat sich die dortige Bevölkerung klar für einen Kandidaten entschieden, der sich gegen die Zerstörung des Reinhardswaldes durch Windkraftanlagen und Salzsee gestellt hat.

Diese Entwicklung, zu der *wir* möglicherweise durch Wort und Schrift auch einen kleinen Beitrag leisten konnten, stimmt *uns* hoffnungsvoll, die Katastrophe doch noch abwenden zu können.

So wird die Interessengemeinschaft „Rettet den Reinhardswald“ der auch die Stadt Hann-Münden, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und diverse Bürgerinitiativen der Region angehören, von allen Kommunen des oberen Wesertales getragen. Der Druck auf die große Politik wird stärker werden, wozu alle in der Region lebende Menschen beitragen können.

**Kindergartengebühren** stehen im Fokus der Landespolitik. Die großen Parteien überbieten sich gegenseitig mit Wahlversprechen. Gut ist, dass Eltern entlastet werden sollen. Diese Entlastung darf die Gemeinde aber nicht noch stärker als bisher belasten. Von den ca. 1,1 Millionen Euro, die unsere Kindertagesstätten pro Jahr kosten, muss die Gemeinde, und damit Sie, derzeit schon etwa 630.000 Euro übernehmen. Weitere ca. 225.000 Euro bekommen wir vom Land Hessen. Die noch fehlenden ca. 250.000 Euro sind der Elternbeitrag, der als Kindergartengebühr derzeit bezahlt wird. Wenn jetzt die Landespolitiker von der Befreiung der Kindergartengebühren sprechen, geht es leider nur um einen Teil dieses Elternbeitrages. Die Differenz muss die Gemeinde zusätzlich tragen. Für Reinhardshagen bedeutet dies eine Mehrbelastung von 55.000 Euro pro Jahr.

Auch die **Hessenkasse**, ein Landesprogramm, welches ab 2019 die Kommunen von ihren Kassenkrediten entschulden soll, ist an Bedingungen geknüpft, die ohne ausreichende finanzielle Ausstattung von den Gemeinden nur schwer zu schultern ist. Um diese Altlasten der Kassenkredite loszuwerden, müssen jedes Jahr bis zur endgültigen Tilgung € 25,00 pro Einwohner im Gemeindehaushalt erwirtschaftet werden, so lange bis der Kredit getilgt ist. Nur dann übernimmt das Land den Kassenkredit. Für uns sind das ca. 110.000 Euro jedes Jahr bis zur endgültigen Tilgung.

Der Landkreis Kassel, der sich über dieses Programm ebenfalls seiner Kassenkredite entledigen wird, muss ebenfalls € 25,00 pro Einwohner und Jahr erwirtschaften. Bei ihm sind dies ca. 5,6 Mio. Euro. Der Landrat hat bereits angekündigt, dass dies nur über die **Erhöhung der Kreisumlage**, die die Landkreiskommunen an den Landkreis zu zahlen haben, umzusetzen sei. Was das für unsere Gemeinde bedeutet, die den Haushaltsausgleich jetzt gerade so schafft, wollen *wir* uns gar nicht vorstellen.

Dadurch rücken immer wieder unsere freiwilligen Leistungen in den Fokus der Aufsichtsbehörde. *Wir* wollen unsere Bäder erhalten, für die sich viele Bürgerinnen und Bürger aktiv einbringen. Auch die Wesertalhalle und unsere Sportstätten brauchen wir für unser Vereinsleben. **Aber ohne ausreichende Finanzausstattung wird kommunale Selbstverwaltung zur Worthülse** und die Gemeinden zu Steuereintreibern für den Staat.

***Unser Anspruch ist aber weiterhin, trotz aller finanziellen Schwierigkeiten, Reinhardshagen weiterzuentwickeln und zukunftssicher zumachen.***

*Unser* Augenmerk richten wir, wie bisher, auf unsere **Infrastruktur**, die für den Erhalt der Lebensqualität in unserer Gemeinde so wichtig ist. Kindergärten, Schule, Grundversorgung, ärztliche Versorgung, Freizeitangebote, Vereinsleben etc. aber auch das Erscheinungsbild unserer Gemeinde und darüber hinaus unseres Naturraumes mit Reinhardswald, Bramwald und der Weser tragen zur Wohnwertqualität bei.

Um Infrastruktur gemeinsam nutzen und damit erhalten zu können, wollen *wir* über unseren Ortstellerrand blicken. Und da darf die Weser nicht trennen, sondern muss unser Bindeglied sein. Kreis- oder Bundesländergrenzen dürfen in einem gemeinsamen Europa nicht länger ausgrenzen.

So haben *wir* besonders in diesem Jahr unsere Kontakte mit dem Ortsrat des auf der anderen Weserseite liegenden **Mündener Ortsteils Hemeln** intensiviert. *Wir* wollen, dass sich die Region über Länder- und Gemeindegrenzen hinweg entwickeln kann.

Der Staat (Bund und Land) investiert nicht zuletzt wegen sprudelnder Steuereinnahmen in **Straßen- und Brückensanierung**. Nach erfolgten Brückensanierungen in der Hemel wurde die B80 weserabwärts grunderneuert. Im nächsten Jahr soll die Landesstrasse bis zum Udenhäuser Stock mit einer neuen Decke versehen werden. Die Ortsdurchfahrten der B80 in beiden Ortsteilen stehen in den Folgejahren an. Wenn auch die Art der Einschränkungen in der Bauphase oft nicht verständlich erscheinen, (Vollsperrung) so begrüßen *wir* diese Baumaßnahmen doch ausdrücklich.

Nachdem die Kanalsanierungen der offenen Bauweise nach der Eigenkontrollverordnung EKVO abgeschlossen sind, wollen und müssen *wir* in die **Kläranlage** investieren. Seit Jahren ist unsere in die Jahre gekommene Anlage Thema in den Gemeindegremien. Soll und kann die Gemeinde die Anlage bei den vom Gesetzgeber geforderten Auflagen noch allein betreiben? Gibt es Möglichkeiten, unsere Abwässer in größere Anlagen weiterzuleiten? Besteht die Möglichkeit, den Betrieb mit Partnern aufrecht zu erhalten? Nachdem klar wurde, dass unsere Abwässer wegen des hohen Fremdwasseranteils nicht nach Hann-Münden geleitet werden können, steht fest, dass unsere Kläranlage am bestehenden Standort weiter betrieben wird. Weil dieser Weiterbetrieb von der Gemeinde zu vertretbaren Kosten allein nicht mehr zu stemmen ist, hat die Gemeindevertretung nun beschlossen, Mitglied im „Wasserverband Peine“ zu werden, der schon einige Abwasseranlagen, in der Nähe betreibt und über entsprechende Erfahrung und das nötige Fachwissen verfügt. Wichtig war für *uns*, dass es sich um einen kommunalen Verband, der keine Gewinnerzielungsabsichten verfolgt, handelt. Details der Vereinbarung müssen in den ersten Monaten des kommenden Jahres ausgearbeitet werden. Sollten wir eingewilligt werden, würde der Betrieb zum Beginn des Jahres 2019 an den Wasserverband Peine übergehen. Bereits im kommenden Jahr werden wir von dem Verband bei der Umsetzung von notwendigen Investitionen unterstützt.

Nachdem die „Inselneudorf Straße“ nahezu bebaut ist, wollen *wir* unser Augenmerk zunächst auf den „**Alten Hagen**“ richten. Die Attraktivität dieses Baugebietes wurde durch die Wohnanlage 50 plus gesteigert. Dort soll nun – nach der Fertigstellung dieser Wohnanlage und dem Kauf des Hausmeisterhauses der Schule durch die Gemeinde, – die dieses abreißen lassen wird, der bestehende Bebauungsplan neu parzelliert werden.

*Wir* finden es gut, dass Reinhardshagen sich mit zwei Projekten an der **Zukunftsfähigkeit** kleiner Landkommunen beteiligt.

Zum einen wurden wir vom Land Hessen mit einem Pilotprojekt zum Thema „**Elektromobilität**“ ausgewählt. Gemeinsam mit den Städten Baunatal und Borken wird – gefördert durch das Land – untersucht, welche Voraussetzungen Kommunen unterschiedlicher Größenordnung für die kommenden Herausforderungen bei der E-Mobilität erbringen müssen, bzw. was notwendig ist. Die Spannbreite reicht hier von Ladeinfrastruktur – sowohl öffentlich, als auch privat – über die Elektrifizierung des kommunalen

Fahrzeugbestandes bis hin zur Anpassung der Bauleitplanung in den Städten und Gemeinden. Gemeinsam mit den Partnern soll Reinhardshagen nach Abschluss des Projektes als Schablone für andere, gleichgroße Kommunen in Hessen herangezogen werden.

Zum anderen wollen *wir* aber auch die **Digitalisierung** unserer Gemeinde voranbringen. Die Breitbandinitiative Nordhessen, die augenblicklich die fünf nordhessischen Landkreise mit Glasfaser erschließt, hat in Reinhardshagen bereits die Leerrohre für diese Kabel verlegt. Im nächsten Schritt werden die Verteilerkästen elektrisch angeschlossen und danach die einzelnen Telefonkabel der Haushalte in den vorhandenen Kästen mit dem Glasfaserstrang verbunden. Das wird dann für Bandbreiten zwischen 30 und 50 Mbit/s reichen. *Wir* sind der Meinung, dass das auf Dauer aber nicht ausreichen wird. Gemeinsam mit den anderen Kommunen des Altkreises Hofgeismar wird daher zurzeit geprüft, unter welchen Voraussetzungen ein Glasfaseranschluss bis in die einzelnen Haushalte verlegt werden kann. Damit wären dann 1 Gbit/s möglich und eine Anbindung an die vernetzte Welt mittelfristig gesichert. Die gemeinsame Marktmacht aller Altkreis Kommunen wird uns bei unseren Bemühungen hoffentlich helfen. Hier bleiben *wir* am Ball.

***Wir* werden, mit Ihrem Vertrauen ausgestattet, auch zukünftig unsere Verantwortung in der Gemeinde und im Kreis wahrnehmen.**

Für Sie im **Gemeindevorstand:**

Albert Kauffeld, Peter Jatho, Hella Nolte, Corinna Fiege-Borchert, Ralph Knöpfel und als Vorsitzender ***unser* Bürgermeister Fred Dettmar.**

Für Sie in der **Gemeindevertretung:**

Wolfgang Bertelmann, Daniel Sallwey, Marc Schlicker, Kerstin Schellenberger, Dirk Weddig, Erhard Becker, Frank Gerth, Sebastian Gottmann, Werner Fenner, Sven Schäfer, Heidi Reder, Hassan Ben-Aabel, Jan Ciupa, Nicol Biewald, Karolin Löser.

Ihre Vertretung im **Kreistag:** Albert Kauffeld

**Ein frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr  
Gesundheit, Glück und Zufriedenheit**

wünscht Ihnen  
Ihre **UWG**

Die UWG ist auch im Internet zu erreichen unter [www.uwg-reinhardshagen.de](http://www.uwg-reinhardshagen.de)